

Erfahrungen von zwei
Neuparlamentariern
ein Jahr nach den
Bürgerschaftswahlen



„Mischt euch ein!“

Vor gut einem Jahr haben die Bremerinnen und Bremer ihre Bürgerschaft neu gewählt. Zu den neu gewählten Abgeordneten gehören Elombo Bolayela und Helmut Weigelt. Beide gehören der SPD-Fraktion an und engagieren sich auch in der Bremischen Evangelischen Kirche. Elombo Bolayela ist in der Markus-Gemeinde aktiv, wo er u.a. den „Chor ohne Grenzen“ leitet, Helmut Weigelt war lange Jahre Küster und Gemeindegemeindeführer in der Evangelischen Kirchengemeinde in der Neuen Vahr, wo er heute dem Kirchenvorstand angehört. Beide verstehen sich als Abgeordnete mit christlichem Hintergrund – doch wie wirkt sich das in ihrer Politik aus? – Helmut Weigelt und Elombo Bolayela über ihre Erfahrungen in der bremischen Politik.

Sie sind beide politisch schon länger aktiv – ob im Betriebsrat in einem Baumarkt oder im Stadtteil-Beirat Vahr. Wie war ihr Einstieg ins Bremer Parlament?

Bolayela: Ich habe hier im ersten Jahr ganz viel gelernt, vor allem eins: Wenn ich gegen etwas bin, bin ich zugleich für etwas. Ich habe gelernt, die Alternativen schärfer zu denken. Unsere Demokratie funktioniert nur mit Kompromissen, auch wenn wir als rot-grüne Regierungsfractionen die Mehrheit im Parlament haben. Man muss zunächst die eigene Fraktion überzeugen. Bevor ein Antrag oder ein Gesetz zustande kommt, ist ganz viel Diskussion und Arbeit im Hintergrund nötig, auch mit dem Koalitionspartner. Die Öffentlichkeit sieht nur das Ergebnis und bekommt von dieser Arbeit meist wenig mit.

Weigelt: Ich musste erst einmal die Strukturen und die Arbeitsweise der Bürgerschaft kennenlernen: Was muss ich tun, um Anträge zu stellen, was ist bei der Geschäftsordnung zu beachten? Die Abläufe sind mir inzwischen geläufig, dennoch habe ich an der einen oder anderen Stelle gelegentlich noch Fragen.

Sie, Herr Bolayela, hatten einen aussichtslosen Listenplatz, haben dann aber – für manche überraschend – über die Personenwahl den Sprung ins Parlament geschafft.

Bolayela: Dass der Listenplatz aussichtslos war, habe ich vorher gar nicht so gesehen. Für mich war klar: Ich mache einen Personenwahlkampf. Ich wollte die Menschen überzeugen, dass es einen Zusammenhang

zwischen meinem kirchlichen und sozialen Engagement und der Politik gibt. Das hat funktioniert.

Kompromisse gehören zur Politik, aber gab es im ersten Jahr Entscheidungen, mit denen sie sich schwer getan haben?

Weigelt: Bei der Sonntagsöffnung der Bibliotheken haben wir in der SPD-Fraktion lange diskutiert und uns dann mit knappem Ergebnis entschieden, diese Idee zu unterstützen. Ich hatte eine andere Position, aber es war eine demokratische Mehrheitsentscheidung. Der Sonntagschutz ist mir persönlich sehr wichtig, weil es einen Tag in der Woche geben muss, an dem die Familie Zeit hat, zusammen zu sein.

Bolayela: Wir haben uns vehement gewehrt, dass die Sonntagsöffnung überhaupt auf die Tagesordnung kommt. Der Sonntag gehört Gott und den Menschen, der Familie und den Freunden. Jeder Mensch braucht einen Ruhetag. Wir leben in einem christlich geprägten, demokratischen Land. Wir haben Religionsfreiheit und leben mit allen Religionen friedlich und tolerant zusammen. Trotz der knappen, demokratischen Mehrheitsentscheidung bleibe ich dabei: Ich bin mit Sonntagsöffnungen, auch bei Bibliotheken, nicht einverstanden. Ich hätte mir dazu auch einen lautereren Protest der Kirchen gewünscht. Man höhlt seit zehn Jahren langsam, Schritt für Schritt, den Sonntagschutz aus. Man kann immer irgendwo in Bremen oder im Umland einkaufen gehen. Wo bleibt da der Mensch? Wir sind keine Maschinen. Wir können von Montag bis Samstag arbeiten, aber irgendwann muss auch mal Ruhe sein. Wir sind nicht nur zum konsumieren da, sondern der Sonntag dient dazu, Gott zu loben und unsere Freunde zu besuchen. Auch die Leute, die nicht an Gott glauben oder in die Kirche gehen, haben das Recht, am Sonntag einfach mal auszuschlafen.

Religionsunterricht, der in Bremen „Biblischer Geschichtsunterricht“ heißt, findet in den meisten bremischen Schulen schlichtweg nicht statt. Was können Sie tun, um diesen Zustand zu verändern?

Weigelt: Im Parlament bin ich mit diesem Thema noch nicht befasst, weil das kein aktueller Diskussionspunkt ist. Mich interessiert, warum der Unterricht ausfällt und wie er gestaltet wird. Es kann nicht darum gehen, Religion aus der Schule herauszuhalten. Das lässt

unsere Verfassung auch gar nicht zu. Ich möchte mir die Situation aber genauer anschauen, ehe ich meine Position festlege. Seit Jahrzehnten geht es mit diesem Thema trotz aller Bemühungen nicht voran. Schüler müssen in jedem Fall die Chance haben, etwas über Religionen zu lernen, um sie zu verstehen und sich einen eigenen Standpunkt zu bilden.

Bolayela: Religion gehört für mich auch in die Schule, die sollten wir dort nicht verbergen. Wir leben in Europa in einer christlichen Gesellschaft zusammen mit vielen anderen Religionen. Die Schüler müssen deshalb Gelegenheit haben, alle Religionen kennenzulernen. Der Staat ist weltanschaulich neutral, aber dieser Unterricht muss stattfinden. Wir müssen über Religion und Religionsfreiheit sprechen, damit wir unsere Kultur verstehen. Die Entscheidung, ob ich persönlich glaube, steht auf einem anderen Blatt.

Die soziale Spaltung in Bremen ist ein Thema, das Politik wie Kirche beschäftigt. Die Bremische Evangelische Kirche hat in den letzten Jahren „Armut und Reichtum – Gemeinsam für eine soziale Stadt“ zu ihrem Schwerpunkt gemacht. Was können Sie als Politiker konkret dazu beitragen, allen Menschen eine faire Teilhabe zu ermöglichen?

Weigelt: Ich finde es zunächst einmal einen gesellschaftlichen Skandal, das Menschen 40 Stunden in der Woche arbeiten und nicht davon leben können. Wir brauchen einen Mindestlohn, damit die Steuerzahler nicht noch Geld für Hartz IV-Aufstocker zuschießen müssen. Über 8,50 Euro Mindestlohn noch streiten zu müssen, halte ich für eine Frechheit. Dabei kommen 950 Euro im Monat raus, wovon man kaum leben kann. Unsere Stadtteile driften auseinander, das ist Fakt. Ich lebe in der Vahr und kenne die Problemlagen. Aber auch in weiteren Stadtteilen müssen wir die Menschen stärker unterstützen. Das wichtigste ist, genau hinzuschauen und sensibel zu sein. Wir brauchen in diesen Stadtteilen Ganztagschulen und Ganztagsplätze in den Kindergärten. Die öffentlichen Kassen sind leer, deshalb müssen wir Förder-Prioritäten setzen.

Bolayela: Mich macht traurig, dass es Menschen gibt, die trotz guter Leistungen keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben: Die Generation Praktikum, die Unsitte der Zeitverträge oder auch das Weiterreichen von Arbeitslosen von Maßnahme zu Maßnahme – das

muß ein Ende haben. Wer nur Zeitverträge hat, kann sein Leben nicht planen. 8,50 Euro sind zu wenig, aber man muss irgendwo anfangen. Ich hoffe, andere Bundesländer folgen unserm Vorbild in Bremen, einen Mindestlohn festzuschreiben.

Andererseits tut die Politik wenig, um die schlechte Bezahlung von z.B. Pflegekräften zu verbessern. Die Pflegesätze sind viel zu gering, um einen auskömmlichen Lohn für qualifizierte Arbeit zu zahlen. Statt soziale Arbeit ausreichend zu refinanzieren, wirft die Politik den Sozialträgern „Lohndumping“ vor...

Weigelt: Zu der Problematik laufen Gespräche und aus meiner Sicht ist unstrittig, dass soziale Arbeit ausreichend refinanziert werden muss, damit die Träger angemessene Löhne zahlen können.

Dann heißt es aber immer wieder: „Wir sind ein Haushaltsnotlageland, mehr ist nicht drin!“

Weigelt: Das Problem ist da und die Politik muss mit den Sozialträgern gemeinsam nach Lösungen suchen.

Bolayela: In diesem Bereich ist in Bremen, aber auch in Deutschland insgesamt viel schiefgelaufen. Soziale Arbeit dient den Menschen und muss auch finanziell anerkannt werden. Pflegeberufe sind Berufe der Zukunft – die jungen Menschen, die sich für diesen Beruf entscheiden, brauchen eine gute Perspektive, Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Das ist ein bundesweites Thema, aber wir müssen uns dafür auch hier in Bremen einsetzen.

Chancengleichheit bedeutet vor allem gute Bildung von Anfang an, unabhängig vom Elternhaus. Das Thema Krippenausbau fliegt der Politik ja gerade wieder um die Ohren, es wird auch 2013 nicht genug Plätze geben.

Weigelt: Wir haben Ganztags-Kitas ausgebaut, der Personalschlüssel ist besser, es gibt kostenfreies Mittagessen, die Sprachförderung wurde verbessert. Gerade diese Koalition hat einiges getan, aber wir müssen in diesem Bereich noch mehr investieren. Besonders in sozialen Brennpunkten muss die Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen weiter ausgebaut werden. Dass die Bundesregierung ein Betreuungsgeld einführen will, ist ein schwerer Fehler. Dadurch werden gerade die

Kinder, die besonders gefördert werden müssten, aus den Kitas ferngehalten werden. Das Betreuungsgeld bräuchten wir für den Krippenausbau.

Bolayela: Jedes Kind braucht unabhängig von seiner Herkunft eine gute Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur. Bremen versucht sein Bestes zu geben, aber die Bundesregierung führt ein Betreuungsgeld ein, statt den Kommunen ausreichend Mittel für den Krippen- und Kita-Ausbau zu geben. Das Personal für die frühkindliche Bildung muss gut qualifiziert und bezahlt werden, damit die Qualität stimmt. Auch die wichtige Inklusion kostet zusätzliches Geld, wenn man sie richtig gestaltet. Da ist auch die Bundesregierung gefordert, damit unsere Städte nicht weiter sozial auseinanderfallen. Unser Senat versucht in Bremen mit beschränkten Mitteln die Situation zu meistern.

Teilhabe zu ermöglichen, bedeutet auch, die Integration von Migrantinnen und Migranten besser zu fördern.

Weigelt: In Bremen hat die Integrationspolitik eine lange Tradition. Integrationspolitik ist eine Aufgabe, der sich alle Ressorts stellen müssen. Zu den wichtigsten Vorhaben der kommenden Jahre gehören z. B. die erleichterte Anerkennung ausländischer beruflicher Abschlüsse, die Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst und die Ausweitung des Wahlrechts. Es geht darum Chancengleichheit zu erreichen.

Bolayela: Integration bedeutet auch „Fordern und Fördern“. Die Politik hat das Thema zulange ignoriert und gesagt: Deutschland ist kein Einwanderungsland. Wir brauchen die Menschen mit Migrationshintergrund. Ein Drittel der Bremer Bevölkerung hat Migrationshintergrund. Diese Menschen wollen ihre Kinder als Lehrer, Polizisten, Ärzte, Handwerker oder Journalisten sehen. Politisch müssen wir alles tun, um ihnen eine gute Bildung zu ermöglichen und ihnen Praktikums- und Ausbildungsplätze geben. Ich treffe viele 14-Jährige, die kein Praktikum bekommen, weil sie anders aussehen oder einen ausländischen Namen haben. Das ist traurig für unsere Gesellschaft, denn diese jungen Menschen sind Deutschlands Zukunft. Wenn sie keine Perspektive bekommen, geht ihre Motivation kaputt. Diese jungen Menschen müssen speziell gefördert werden, damit sie sich auch mit unserem Land identifizieren können. Immer nur Hilfe zu empfangen,

macht Menschen klein und faul. Die Migranten müssen die Bereitschaft mitbringen, Deutsch zu lernen und die sozialen Regeln einzuhalten. Die Schubladen „Ausländer“ oder „Migrant“ taugen nichts. Als ich vor 20 Jahren als Asylant nach Deutschland kam, war ich bereit, zu lernen und mich zu integrieren. Ich habe den Menschen in Deutschland und Bremen viel zu verdanken, aber ich war bereit, hier mitzumachen. Übrigens spielt die Kirche in Bremen für die Integration eine wichtige Rolle, weil ihre Gemeinden offen und einladend sind. Bevor die Politik das Thema entdeckt hat, hat die Kirche sich dafür engagiert.

Die Bereitschaft, mitzumachen und sich einzumischen, ist längst nicht nur bei der Integration von Zuwanderern ein Problem. Die Wahlbeteiligung nimmt stetig ab.

Bolayela: Demokratie fängt von unten an und lebt von Beteiligung vieler Menschen. In Bremen engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich, was mich freut. Mich ärgert die Kritik an der Politik, was sie angeblich alles falsch macht. Ich sage den Leuten immer: Mischt euch ein, macht selber etwas. Wer Politiker kritisiert, sollte zumindest zur Wahl gehen.

Weigelt: Bürgerbeteiligung, z.B. in den Beiräten, ist ganz wichtig. Es gibt kein Desinteresse an der Politik. Immer wenn Menschen konkret betroffen sind, melden sie sich zu Wort, bei Bebauungsplänen oder Verkehrsplanungen. Da spüre ich Engagement für die Demokratie. Das gilt auch z.B. für das kirchliche Engagement gegen Armut vor Ort mit zahlreichen sozialen Projekten, die Menschen konkret helfen.

Interview: Matthias Dembski
Fotos: Matthias Dembski/Radio Bremen

Filmtipp

„Herr Bolayela macht jetzt Politik – Vom Asylbewerber zum Volksvertreter“

Ein Radio Bremen-Film von Marianne Strauch im Ersten, Sonntag, 24. Juni 2012, 17.30-18 Uhr in der ARD-Reihe „Gott und die Welt“

www.bremische-buergerschaft.de
www.radiobremen.de